Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4519**

16. Wahlperiode 05. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Monika Knoche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/2341 –

Flüchtlingen aus Nahost Schutz bieten

A. Problem

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, der Europäischen Kommission gemäß Artikel 5 Abs. 1 der Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 zur Gewährung vorübergehenden Schutzes einen Vorschlag zur Anwendung der Richtlinie auf Flüchtlinge aus dem Libanon zu unterbreiten und sich im Rat für eine entsprechende Beschlussfassung einzusetzen, heißt es in dem Antrag. Die Fraktion will ferner erreichen, dass der Bundesminister des Innern beauftragt wird, sein Einverständnis gegenüber den Bundesländern für eine Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen nach § 23 des Aufenthaltsgesetzes für Flüchtlinge aus dem Libanon zu erklären und sich für entsprechende Regelungen einzusetzen. Eine weitere Forderung zielt darauf ab, die Abschiebungen von libanesischen bzw. von palästinensischen Flüchtlingen ungeklärter Staatsangehörigkeit aus dem Libanon auszusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/2341 abzulehnen.

Berlin, den 31. Januar 2007

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Alois Karl
Berichterstatter

Wolfgang Gunkel
Berichterstatter

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Alois Karl, Wolfgang Gunkel, Burkhardt Müller-Sönksen, Michael Leutert und Volker Beck (Köln)

I. Überweisung und Mitberatung

Der Antrag auf **Drucksache 16/2341** wurde in der 47. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. September 2006 dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss, dem Innenausschuss und dem Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In dem Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE., dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, der Europäischen Kommission gemäß Artikel 5 Abs. 1 der Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 zur Gewährung vorübergehenden Schutzes einen Vorschlag zur Anwendung der Richtlinie auf Flüchtlinge aus dem Libanon zu unterbreiten und sich im Rat für eine entsprechende Beschlussfassung einzusetzen. Die Fraktion will ferner erreichen, dass der Bundesminister des Innern beauftragt wird, sein Einverständnis gegenüber den Bundesländern für eine Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen nach § 23 des Aufenthaltsgesetzes für Flüchtlinge aus dem Libanon zu erklären und sich für entsprechende Regelungen einzusetzen. Eine weitere Forderung zielt darauf ab, die Abschiebungen von libanesischen bzw. von palästinensischen Flüchtlingen ungeklärter Staatsangehörigkeit aus dem Libanon auszusetzen.

Die Fraktion begründet ihr Anliegen damit, dass sich die Lage der Zivilbevölkerung im Kriegsgebiet in Nahost dramatisch und bedrohlich zuspitze. Laut Augenzeugenberichten seien mehr als 700 000 Menschen auf der Flucht. Direkte Anrainerstaaten und Aufnahmeländer, wie etwa Zypern, Syrien, Jordanien seien mit einer menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge überfordert. Die Bundesregierung müsse deshalb alles ihr Mögliche tun, um den Opfern des Konflikts im Bereich des Flüchtlingsschutzes umfassend und schnell zu helfen. Die Menschen und Länder der Region dürften angesichts dieser Notlage nicht alleine gelassen werden.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** und der **Rechtsausschuss** haben den Antrag am 13. Dezember 2006 beraten und jeweils mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der ebenfalls mitberatende **Auswärtige Ausschuss** hat sich mit dem Antrag am 31. Januar 2007 befasst. Mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. hat dieser Ausschuss ebenfalls die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 24. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten. Ohne Aussprache hat der Ausschuss – vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des Auswärtigen Ausschusses – mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der antragstellenden Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 31. Januar 2007

Alois Karl Berichterstatter	**Wolfgang Gunkel** Berichterstatter	**Burkhardt Müller-Sönksen** Berichterstatter
Michael Leutert Berichterstatter	**Volker Beck (Köln)** Berichterstatter	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333